

Fairer Handel ist Voraussetzung für eine friedlichere und gerechtere Welt

Die SP Schweiz tritt für einen fairen Welthandel ein, von dem die Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermassen profitieren können. Weil unter verschärften Wettbewerbsbedingungen nur ein fairer Handel verhindert, dass soziale und ökologische Dumpingangebote bei uns KMU aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Und weil nur bei einem wirtschaftlichen Gedeihen der Länder des Südens und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle die Armut in diesen Ländern wirklich bekämpft und den Ursachen für Migration und Terrorismus der Boden entzogen werden kann. Dazu muss auch die Schweiz einen Beitrag leisten.

Die SP Schweiz unterstützt primär multilaterale Abkommen im Rahmen der WTO und sie tritt dafür ein, dass in allen wichtigen Abkommen Regeln verankert werden, die soziale und ökologische Standards garantieren und dafür sorgen, dass den Menschenrechten Nachachtung verschafft wird.

Die SP Schweiz nimmt zur Kenntnis, dass die Doha-Runde der WTO-Verhandlungen seit längerem stockt und sich deshalb die Tendenz, regionale und bilaterale Freihandelsabkommen abzuschliessen, deutlich verstärkt hat. Dies gilt in besonderem Masse für die Schweiz.

Die SP Schweiz unterstützt Freihandelsabkommen, weil diese – insbesondere angesichts der stockenden WTO-Verhandlungen – für die Schweizer Wirtschaft und damit auch für den Erhalt der hiesigen Arbeitsplätze wichtig sind. Dies allerdings immer nur unter der Voraussetzung,

- dass der dadurch verschärfte Wettbewerb nicht jene belohnt, die zwingendes internationales und nationales Arbeitsrecht missachten und Raubbau an der Umwelt begehen;
- dass vor der Eröffnung von Verhandlungen die Auswirkung eines Abkommens auf eine nachhaltige Entwicklung abgeschätzt wird;
- dass in allen Freihandelsabkommen soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards verankert werden.

Die SP Schweiz fordert den Bundesrat deshalb auf:

- sich primär und mit Nachdruck für multilaterale Abkommen im Rahmen der WTO zu engagieren und sich dort dafür einzusetzen, dass sich das WTO-Recht an den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), den multilateralen Umweltabkommen und den UNO-Menschenrechtspakten I und II als gleichrangige Rahmenbedingungen orientiert;
- Freihandelsabkommen nur dann abzuschliessen, wenn diese zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen und soziale, ökologische sowie menschenrechtliche Standards darin verankert sind – dies gilt insbesondere für umfassende Freihandelsabkommen mit Ländern der Dritten Welt.
- im öffentlichen Beschaffungswesen gesetzlich und praktisch dafür zu sorgen, dass a) Produkte aus fairem und nachhaltigem Handel bevorzugt beschafft werden können und b) an öffentlichen Ausschreibungen nur teilnehmen kann, wer über die ganze Produktionskette hinweg die Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen und der nationalen Gesetze gewährleistet.

Leitantrag von Mario Fehr und Evi Allemann

Verabschiedet von der SP Fraktion am 11. Dezember 2007